

Teilen und herrschen über Minderheiten



Instrumentalisiert und gedemütigt: Erzbischof Aktas überreicht Grundbuchurkunden.

Minderheiten haben es in der Türkei schwer – ob Kurden oder die wenigen noch verbliebenen Christen. Dabei schreckt auch die Regierung Erdogan nicht davor zurück, sie gegeneinander auszuspielen, im Wissen um die unbewältigte Vergangenheit.

MOR GABRIEL – «Er fühlt sich wie eine Maus, die den grausamen Spiegeleien einer satten Katze nicht entkommen kann.» So kommentierte ein Mitarbeiter von Metropolit (Erzbischof) Timotheus Samuel Aktas vom Kloster Mor Gabriel in der Südosttürkei die beklemmende Szene, die sich vor Monatsfrist abgespielt hatte: Die Körpersprache des Erzbischofs ist vielsagend. Anstatt Augenkontakt mit seinem Gegenüber, einem kurdischen Bauern, herzustellen, schaut er in die entgegengesetzte Richtung. Verlegen steht der Bauer schon ausserhalb seines Gesichtsfelds, als der geistliche Würdenträger seinen Oberkörper seitwärts beugt, um ihm eine Urkunde zu übergeben (Bild). Zahlreiche Kameras dokumentieren diesen unfreiwilligen Vorgang, der sich wiederholt, bis die zehn kurdischen Bauern den Eintrag ins Grundbuch erhalten haben.

Dann tritt der Erzbischof nahe an die Bauern heran und beglückwünscht sie kaum hörbar in kurdischer Sprache. Sie geben ihm ein freundliches Lächeln zurück – ein Intermezzo, in dem die Darsteller dieser unwirklichen Inszenierung für Sekunden entspannter wirken als in den Stunden zuvor. Denn beide Parteien sitzen zusammen in diesem unsicheren Boot, in dem sie zu Objekten einer aufwendig inszenierten Machtdemonstration degradiert werden. Der Erzbischof und die Urkundempfeänger müssen gute Miene zum

bösen Spiel machen, damit sich der türkische Staat im Ausland vorteilhaft darstellen kann. Die Körpersprache dieser unfreiwilligen Darsteller spricht allerdings Bände, mit ganz anderen Geschichten. Allein über das aktuelle Datum (der 24. April: Kasten links) sowie über die Landenteignungen der letzten Jahrzehnte (Kasten rechts) erzählen die Christen andere Geschichten.

Ein Stück Aussenpolitik

Das Drehbuch für die PR-Übung entstand auf Geheiss von Premierminister Recep Erdogan, nachdem er wiederholt vom deutschen EU-Parlamentarier Elmar Brok auf die Missstände im Bereich der Liegenschaftenkataster in dieser Gegend angesprochen worden war. Im März 2009 kam deshalb plötzlich Hektik auf: Obwohl Gerichtsverfahren um Besitzansprüche auf grosse Parzellen unter anderem zwischen den kurdischen Bauern und dem Kloster Mor Gabriel nach wie vor hängig waren, beschloss die Regierung in Ankara, der Rechtssprechung vorzugreifen: Sie wies die örtlichen Behörden in fünf christlichen und zwei kurdischen Dörfern an, Eintragungen in den Grundbüchern vorzunehmen. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse wurden damit einfach ignoriert.

Der unmittelbare Nutzen heiligt die Mittel: Innerhalb weniger Wochen wurde für jedes der sieben Dörfer ein Stapel eingerahmter Urkunden be-

reitgestellt. Deren Verleihung in einer feierlichen Zeremonie gerät dann zu einem farbenfrohen Fototermin für die ausländische Öffentlichkeit: Jedes Dorf ist durch etwa ein Dutzend frischgebackener, zufriedener Grundbesitzer vertreten. Künftig kann in Brüssel und Washington auf der ausserpolitischen Visitenkarte stehen: Unsere Grundbuchämter machen ihre Hausaufgaben, und alle Betroffenen kommen zu ihrem Recht.

Aufwendige Show

Für das Volksfest werden keine Kosten gescheut. Allein die Investitionen ins «Bühnenbild» erinnern an Potemkinsche Dörfer: Im Dorf Ückoy mit chronisch vernachlässigter Infrastruktur werden in den drei Wochen vor dem Fest 2,5 Kilometer Strassen gepflastert. Allerdings lassen die angespannten Sicherheitskräfte am Festtag keinen einzigen ausländischen Gast das Dorf betreten. Alle Besucher werden direkt zum Veranstaltungsort ausserhalb des Dorfs eskortiert. Am Rand eines grossen Fussballfelds wird in den drei Tagen vor dem Fest noch ein kleines Betongebäude mit zwei weiss getünchten Toiletten errichtet. Am Festtag sind sie mit fließendem Wasser und Seife ausgestattet und werden für die etwa 2000 Besucher laufend sauber gehalten. Im Zentrum des Fussballfelds markieren drei Festzelte das Areal der Zeremonie. Dahinter ein weiteres Zelt, wo nach der Veranstaltung über tausend Gäste zu einer üppigen Mahlzeit eingeladen sind.

Botschafter spielt mit

Ohne ausländische Öffentlichkeit würde die PR-Farce ihren Zweck verfehlen. Es müssen also Botschafter ins entlegene Südostanatolien kommen. Also wird für Diplomaten ein zweitägiges touristisches Begleitprogramm mit Übernachtungen in Fünfsternehotels und Führungen zu den Sehenswürdigkeiten der Gegend aufgelegt, alles auf Kosten des türkischen Staats.

Dennoch kommen nur zwei Botschafter nach Ückoy. Der eine stammt aus Senegal, der andere – Seine Exzellenz Pedro Okan – aus den Philippinen. Dieser strahlt über das ganze Gesicht, als er den Vertretern eines christlichen Dorfs Grundbuchurkunden überreichen darf (Bild links).

THOMAS KRAPF

Thomas Krapf war von 1991 bis 1998 Israel- und Nahostkorrespondent in Jerusalem und bis 2007 Referent für Religions- und Weltanschauungsfreiheit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).



Auch der Botschafter der Philippinen (Mitte) ist Teil der Zeremonie. Bilder: Thomas Krapf

Besetzter Völkermordgedenktag

Das Kloster Mor Gabriel liegt in der kargen südosttürkischen Berglandschaft des Tur Abdin («Berg der Knechte Gottes»). In dieser Gegend südlich des Tigris ist die syrisch-orthodoxe Kirche von Antiochien, wo Petrus eine Gemeinde gegründet hatte, seit dem ersten Jahrhundert zu Hause. Im alten christlichen Dorf Arkah (türkisch: Ückoy) hatten die Dorfbewohner für den diesjährigen 24. April eine Veranstaltung besonderer Art geplant: Gleichzeitig mit Millionen Menschen rund um den Globus sollte der Völkermord gedacht werden, die ab 1915 in der Türkei begangen wurden. Opfer waren ausser 1,5 Millionen Armeniern ebenso viele Griechen sowie eine halbe Million syrisch-orthodoxer Christen. Allein im Tur Abdin wurden 90000 ermordet. Solche Gedenkveranstaltungen sind verboten im türkischen Staat, der als Rechtsnachfolger des Osmanischen Reichs die politische Verantwortung für die Genozide von sich weist.

Wegen kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der Kurdischen Arbeiterpartei PKK in den letzten zwei Jahrzehnten führte bis vor Kurzem keine befahrbare Strasse ins entlegene Dorf Ückoy. Ausge-

rechnet hier, dem einzigen Dorf im Tur Abdin, das eine Gedenkfeier geplant hatte, führte nun der türkische Staat exakt am Völkermordgedenktag eine aufwendig inszenierte PR-Veranstaltung für die ausländische Öffentlichkeit durch.

Türkeikritische Veranstaltungen zu verhindern, indem die Veranstalter genötigt werden, einen Alternativtermin mit diplomatischem Protokoll mitzugestalten – das ist höchst ungewöhnlich. Üblicherweise wird ohne Rücksicht auf Rechtsstaatlichkeit unzweideutige physische Gewalt angewendet. Doch dieses Mal mussten zwei lästige Fliegen mit einem Schlag erledigt werden: Man sah sich genötigt, der Welt und vor allem der Europäischen Union zu demonstrieren, dass nach Jahrzehnte andauerndem Schlendrian die Ansprüche von Landbesitzern anerkannt werden. Deshalb die öffentliche Veranstaltung mit aufwendigem Protokoll für hochrangige Repräsentanten des Staats und in Anwesenheit möglichst vieler ausländischer Gäste. Gleichzeitig liess sich die unerwünschte Völkermordgedenkfeier elegant unterbinden, indem Ort und Termin der Gedenkveranstaltung für das eigene Freudenfest in Beschlag genommen wurden. (tkb)

EUROPATAUGLICH IST DIE TÜRKEI NICHT

Seit Oktober 2005 verhandelt die Türkei mit Brüssel über einen Beitritt zur Europäischen Union (EU). Die Regierung in Ankara kann ihr Ziel aber nur erreichen, wenn sie den zuvor eingeschlagenen Modernisierungs- und Demokratisierungskurs konsequent zu Ende führt, was im besten Fall noch Jahre dauern wird. Denn nach wie vor erfüllt die Türkei grundlegende europäische Standards nicht.

Die EU-Kommission hat bereits die Verlangsamung des Reformtempos beklagt und kritisiert, dass reformierte Gesetze nicht angewendet würden. Handlungsbedarf bestehe unter anderem bei der Garantie der Grundfreiheiten und Menschenrechte: Die Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Rechte von Frauen und von Minderheiten würden verletzt. In der Kritik stehen Polizei und Armee beziehungsweise die mangelhafte demokratische Kontrolle über das Militär.

Unbewältigte Vergangenheit

Als Stolperstein erweist sich nicht zuletzt die unbewältigte Vergangenheit: Die Türkei verdrängt und verleugnet die Tatsache, dass im Ersten Weltkrieg die Armenier in Anatolien weitgehend ausgerottet wurden. Der von Atatürk 1923 gegründete moderne Staat verstand sich lange als ethnisch homogene Nation, die offiziell nur aus Türken besteht.

Bis heute sind die Kurden Bürger zweiter Klasse, und selbst die wenigen verbliebenen Christen im Land werden behindert und diskriminiert.

Premierminister Recep Erdogan hatte im August 2005 für Aufsehen gesorgt, als er erstmals öffentlich ein «Kurdenproblem» einräumte. Bereits zuvor hatte die Regierung im Zuge ihrer EU-Beitrittsbewerbung den Gebrauch der kurdischen Sprache entkriminalisiert und sogar Fernsehsendungen in dieser Sprache gestattet. In jüngster Zeit hat sich auch Staatspräsident Abdullah Gül wiederholt für eine Beilegung des Kurdenkonflikts ausgesprochen.

«Faschistische Haltung»

Erdogan wiederum kritisierte am letzten Wochenende in einer Rede gar die Vertreibung nicht-muslimischer Minderheiten aus dem Land und stellte überraschend deutlich fest: «Das war das Ergebnis einer faschistischen Haltung.» Er zielte damit primär auf die anti-griechischen Pogrome vom September 1955 in Istanbul, aber seine Aussagen lassen sich letztlich auch auf den Völkermord an den Armeniern beziehen. Jedenfalls haben sie bei der Opposition für grossen Ärger gesorgt, die den Premier als Vaterlandsverräter beschimpft, was seinerseits in Teilen der Medien auf Kritik stiess – der Anfang vom Ende eines alten Tabus? (gr)

Die Christen in der Defensive

Über Enteignung und Verteilung von Land haben die Christen im Tur Abdin viel zu erzählen. Diese Woche ist ein Gerichtsverfahren des Klosters Mor Gabriel aus dem 4. Jahrhundert, dem Sitz des Erzbischofs Timotheus Samuel Aktas, zwar zu seinen Gunsten entschieden worden. Aber drei Urteile stehen weiterhin aus. Das kulturgeschichtlich bedeutende Kloster muss seinen Landbesitz gegen Enteignungsabsichten des Staats und Begehrlichkeiten kurdischer Nachbardörfer verteidigen.

Die Zukunft des Klosters ist ohnehin unsicher; zusätzliche Landverluste würden seine Überlebenschancen vollends zerstören. Was soll dann aus den knapp 3000 im Tur Abdin verbliebenen Christen werden? Vor 30 Jahren zählten sie noch 35000 Angehörige. Vom Staat geduldet und oft von ihm direkt verantwortlich, gab es Diskriminierung, Raub, Drohungen, Erpressungen und anderes mehr. Ebenso trugen die Wirren des Kurdenkonflikts zum demografischen Aderlass bei. Wenn Mor Gabriel aufgeben müsste, ginge das Herzstück des christlichen Tur Abdin verloren. (tkb)